

Diktator Hugenberg.

Während der Parteitag des Zentrums in Aden sich mit der Wahl eines neuen Parteivorstandes beschäftigte und dabei auch den Gedanken eines Direktoriums erörterte, mit dem sich auffallenderweise auch die vorliegende Reichsvertretertagung der Deutschnationalen Volkspartei beschäftigte, ging jetzt der neue Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Hugenberg auf der am Sonnabend beendeten Deutschnationalen Parteiverammlung dazu über, seine Stellung in der Deutschnationalen Partei organisatorisch auszubauen und zu festigen.

Bisher gab es in der Deutschnationalen Partei neben dem Parteivorstand auch stellvertretende Vorsitzende. Die letzten Inhaber dieses Parteilamtes, die Abgeordneten Schlang-Schöningen und Staatssekretär a. D. Wallraf legten nach der Wahl Hugenbergs zum Vorsitzenden ihre Ämter nieder. Die Deutschnationalen Parteiverammlung hat jetzt auf den Vorschlag Hugenbergs auf die Neuwahl stellvertretender Vorsitzender verzichtet. Hugenberg wünscht, keine fremden Götter neben sich zu haben. Er hat seinen Willen durchgesetzt und ist heute alleiniger Parteivorsitzender.

Damit nicht genug, auch die ganze Parteileitung ist in der Verfertigung verschwunden. Diese war bisher eine parteiamtliche Einrichtung, die zwischen dem Parteivorstand und den Parteivorstehenden stand und eine Art von Arbeitsausschuß darstellte. Da die Zusammensetzung der Parteileitung Hugenberg nicht behagte, haben jetzt seine Freunde ihre Befehlsgewalt beschlossen. Uebrig geblieben ist der Parteivorstand, dessen Stärke auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt wurde.

Diktator Hugenberg hat aber ganz nach faschistischem Muster geglaubt, ein Oremium schaffen zu sollen, in dem keine besten Freunde sitzen und das ihm jederzeit gefällig und gehoramt zu Diensten steht. Dieses Oremium heißt künstlich in Arbeitsausschuß. Seine Zusammensetzung erfolgte nach den Vorschlägen des Vorsitzenden. So hat sich denn Hugenberg sein eigenes engeres Direktorium geschaffen.

Ueberflüssig zu sagen, daß Graf Westarp völlig ausgeschaltet wurde. Dem neuen Deutschnationalen Parteivorstand gehört zwar der Vorsitzende der Preussischen Landtagsfraktion an, nicht aber der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Graf Westarp. Hugenberg sorgte allerdings dafür, daß Herr Graef, der völkisch gesinnte Vizepräsident des Reichstags in den Deutschnationalen Parteivorstand hineinkam. Die „Neue Zeitung“ nimmt diese Entwicklung mit einem trockenen und einem nassen Auge zur Kenntnis, wenn sie am Montag abend schreibt: „Er (Hugenberg) hat für alles geradezu alles, was unter seiner Führung politisch geschieht. Eine Verschiebung von Verantwortlichkeiten nach beliebiger demokratisch-parlamentarischer Methode ist nicht möglich, und wir hoffen, daß die Deutschnationalen Partei auf dem nunmehr eingeschlagenen Wege die Ueberdemokratisierung und Ueberbürokratisierung, die sich auch bei ihr einzufressen drohte, zu überwinden in der Lage ist.“ — Abwarten!

Wir brauchen Vaterländer!

Mühsamer Grundgedanke gegen den Unitarismus.

Im Circus Krone in München hatten sich vorgestern mittag auf Einladung einer Reihe von Verbänden unter Führung des Landesbürgerrates etwa 7000 Menschen versammelt, um gegen den Unitarismus und für den föderalistischen Gedanken zu demonstrieren. Auch die Nationalsozialistische Partei war eingeladen, die mit einem starken Aufgebot unter Führung des Generals Epp erschien. Es sprachen Vertreter des Bürgerrates, von Handel und Gewerbe, Wissenschaft und Kunst und der Landwirtschaft. Die Ausführungen der Sprecher fanden ihren Niederschlag in einer Entschliessung, in der der unerwünschte Wille kundgegeben wird, den Kampf für die volle Selbständigkeit der Bundesstaaten mit allem Nachdruck zu führen. Die Volksbewegung, heißt es weiter, werde nicht eher zur Ruhe kommen, als bis das Ziel eines selbständigen, freien Bayern und eines großen, auf selbständigen Bundesstaaten aufgebauten Deutschen Reiches erreicht sei, in dem auch für das deutsche Österreich ein Platz ist.

Die Mainzer Spionageaffäre

Zu der Mainzer Spionageaffäre (Früh-Kraz) erzählt der Frankfurter Berichterstatter der „Voss. Zig.“, daß die Anklage sich auf folgende Tatsachen stütze: Der „Geheimagent“ Früh, ein ehemaliger Offizier aus Düsseldorf, der dem Stahlhelm angehört, wurde von der französischen Geheimpolizei, der er verdächtig war, seit langem beobachtet. Bei der nach seiner Festnahme erfolgten Vernehmung und der Durchsichtung seines Gepäcks sollen bei ihm außer Einbrecherwerkzeugen Papiere gefunden worden sein, die seine Beziehungen zu dem Oberinspektor des Mainzer Reichsverordnungsamtes Kraz außer Zweifel stellen. Es sollen ihm auch drei Einbrüche in Offizierswohnungen, aus denen er Papiere und Pläne entwendet habe, nachgewiesen sein.

Wie weit diese Feststellungen stimmen, läßt sich vorläufig nicht nachprüfen. In Mainz ist als Beauftragter der Reichsregierung Ministerialrat Böhm aus Berlin eingetroffen, um nachzuprüfen, inwieweit sich die französische Verletzung einer Verletzung des Hausrechts und der deutschen Hoheitsrechte bei der in den Räumen der Reichsvermögensverwaltung eigenmächtig vorgenommenen Hausdurchsuchung schuldig gemacht hat.

Was sie alles ärgert!

Strafverfahren der Besatzungsbehörde gegen einen deutschen Chauffeur

Vor dem am Samstag fahrenden Lastkraftwagen des Chauffeurs Ed aus Willigheim (Pfalz) scheute im Oktober ein von einem französischen Offizier geittrenes Pferd und warf seinen Reiter ab. Wegen dieses Vorfalles hat die französische Besatzungsbehörde gegen den Kraftwagenführer nunmehr Anklage erhoben und will ihn unter der Anschuldigung der durch unvorsichtiges Fahren verursachten Körperverletzung vor das Landauer Kriegsgericht stellen. Es soll gegen ihn in einer der nächsten Sitzungen verhandelt werden. Der bekannte Senatspräsident Dr. Fülge hat die Verteidigung übernommen.

Chamberlain hat sich sehr bemüht

Der Vorstandler Lord Halsbam, der anstelle des abwesenden Lord Cushendun für die Regierung sprach, führte auf eine Anfrage im englischen Oberhaus aus, die Auslegung des Artikels 431 und die Korrektheit dieser Auslegung sind gegenwärtig Gegenstand einer wirklichen Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland. Lord Barmoor hat gesagt, Frankreich habe sich nicht um die Auslegung bemüht, die Chamberlain als korrekt bezeichnete. Tatsächlich ist das erste gewesen, was Frankreich in Genf über diese Frage gesagt hat, daß die von Deutschland vertretene, so wichtige Auffassung von französischer Seite nicht geteilt werden könne. Es handelt sich infolgedessen um eine direkte Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Ländern. Unter diesen Umständen wünscht die britische Regierung, daß, wenn möglich, eine Vereinbarung erreicht werde, die zu einer baldigen Räumung des Rheinlandes führen würde. Die Regierung hat dies mehr als einmal öffentlich erklärt.

Nicht. Angesichts dieser direkten Meinungsverschiedenheit zwischen zwei der interessierten Länder hat sich der Außenminister sehr bemüht, diese Erörterung von der Ebene unfruchtbarer legaler Argumente in die mehr praktische Sphäre einer Vereinbarung zwischen den interessierten Parteien hinüberzuleiten.

Zigarettenkrieg zwischen Tibet und Nepal.

Zwischen dem Reich des Dalai Lama und dem letzten unabhängigen Reich Vorderindiens, Nepal, drohen Verwicklungen infolge der Haltung, die der Dalai Lama gegenüber den Importen von Zigaretten aus Nepal eingenommen hat. Auf Anordnung des Dalai Lamas präbigen sämtliche tibetischen Priester den Vermarktungsbeitrag gegen die Zigarette und finden bei der abergläubischen Bevölkerung Glauben mit ihren Behauptungen, daß Tibet Religion und Gesundheit verlieren werde, wenn es den Genuß von Zigaretten nicht aufgäbe, deren Rauch alle guten Geister vertreibe und Krankheiten und Seuchen verursache. Die Propaganda der Lamas bedeutet für Nepal, das seit Jahren sehr hohe Einkünfte durch den Zigarettenexport nach Tibet hatte, einen außerordentlich schweren Schlag.

Aus Stadt und Land

Mus., 11. Dezember 1928

Als überflüssig weggeworfen

Der Dieb, der den auswärtigen Sportlern am Sonnabend eine Reihe von Sachen gestohlen hat, warf die Tasche mit ihrem Inhalt mit Ausnahme von einem Paar Fußballschuhe, auf einem Markt auf dem Bahnhofsplatz; dort wurde sie am Sonntag früh um 8 Uhr gefunden.

Nikolaikirche

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß morgen, Mittwoch, um 8 Uhr abends in der Nikolaikirche der Advents- und Liebergottesdienst stattfindet. Gedruckte Ordnungen mit vollständigen Texten werden kostenlos abgegeben.

Feuer

Gestern nachmittag gegen 1/2 6 Uhr entstand in der Heizungsanlage der Auto-Reparatur-Werkstatt von Georg Baumann ein Feuer, das seine Ursache wohl darin zu suchen hat, daß Funken in vor ihr liegende Papierabfälle fielen. Durch den Brand entstand ein etwa vier Quadratmeter großes Loch in der Diele. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle; ihre Tätigkeit war nach einer halben Stunde beendet. Natürlich hatte sich auch eine große Zahl von Neugierigen eingefunden.

Fahrradwache auf dem Marktplatz

Wir werden ersucht, darauf hinzuweisen, daß die Fahrradwache in Aue auf dem Markt am 3. und 4. Adventssonntag zur gefälligen Benutzung im Betrieb gehalten wird.

Die Verhandlungen für die westfälisch-thüringische Textil-Industrie geheiert.

Die Verhandlungen, die gestern vormittag im Reichsarbeitsministerium zwischen den Tarifparteien des mittel- und westfälisch-thüringischen Tarifgebietes der Textilindustrie zur Regelung des Lohnstreites begonnen haben, wurden laut „Vorwärts“ in später Abendstunden als geheiert abgebrochen, nachdem die Unternehmer erklärt hatten, keine Lohnzüge zu bewilligen.

Vor Eintritt in die Besprechungen gab der Vertreter des

Kommunalpolitische Fragen

Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages in Leipzig

Anläßlich der Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages in Leipzig gab der Vorstand des Städtetages im Rathhausaal der Stadt einen Preiskonferenz, an dem neben einer Reihe deutscher Oberbürgermeister zahlreiche Vertreter der mitteldeutschen Preise teilnahmen.

Präsident Dr. Mulert begrüßte die Presse und dankte ihr für das Interesse, das sie jederzeit den kommunalen Fragen entgegengebracht habe. Die deutschen Städte sind, so führte er u. a. aus, für eine sinn- und planvolle Neugestaltung des Reiches, sie wollen eine starke Reichsgewalt, eine einfache und übersichtliche Verwaltung, den Ausbau einer gesunden, dem deutschen Wesen geschichtlich und sachlich gemäßen Selbstverwaltung, eine Dezentralisation der öffentlichen Verwaltung, damit die berechtigten Sonderinteressen der Stämme und Kulturkreise mit schonender Hand gepflegt werden können. Daß die deutschen Städte mit steigender Besorgnis die Komplizierung der öffentlichen Verwaltung und das Nebeneinanderregieren von Provinz und Ländern betrachten, kann nicht wundernehmen, denn im Kampf zwischen Reich und Ländern sind die staatsrechtlich Schwächsten, die Gemeinden, in dauernder Gefahr, unterdrückt zu werden. Die Forderung der Kommunen, eine Kommunalabteilung im Reichsministerium des Innern zu errichten, ist nicht überall richtig verstanden worden. Selbstverständlich denken die Kommunen nicht daran, durch diese Abteilung die Zuständigkeit der Länder zu beschränken; ihre Aufgabe soll ausschließlich in der sachverständigen Beratung der Reichsressorts liegen und eine zweckmäßige Dezentralisation bei der Ausführung der Reichsgesetze erleichtern. Der Städtetag begrüßt den Gedanken der Vereinheitlichung des Grund- und Gewerbesteuerrechts. Einheitliche Rechtsgrundlagen sind für die Steuerpflichtigen und für die Wirtschaftsentwicklung wichtig. Über diese Vereinheitlichung muß begleitet sein von einem bewußten Ausbau der örtlichen Bewegungsfreiheit, denn die Gemeinden haben die Aufgabe, die Interessen der Gesamtheit in der örtlichen Justiz wahrzunehmen und zu pflegen. Die Gemeinden lehnen das obligatorische Anbauverbot der Berufsberatungen

ab; ein solches Recht würde einen Eingriff in die Selbstverwaltung bedeuten. Die Gebäude-Einkommensteuer ist für die Wohnungsbaupolitik der Gemeinden von ausschlaggebender Bedeutung. Ohne die Mittel aus dieser Steuer können die Gemeinden die Wohnungsnot nicht wirksam bekämpfen. Der Fehlbetrag im Reichshaushalt für 1929 stellt in der Frage des Finanzausgleichs das Reich vor ernste Entscheidungen. Selbstverständlich dürfen die Mehrkosten des Reiches und der Länder nicht auf die Gemeinden abgewälzt werden. So ist es insbesondere völlig unmöglich, daß die Gemeinden auf einen seltenen Steuerertrag gesetzt und an dem Mehraufkommen nicht beteiligt werden.

Im Anschluß an die Ausführungen Dr. Mulerts entwickelte sich eine lebhafte Aussprache, in der insbesondere die Frage des Finanzausgleichs näher behandelt wurde. Oberbürgermeister Dr. Luppe-Karlsruhe und Oberbürgermeister Dr. Landmann-Frankfurt a. M. wiesen auf die Krebschäden hin, die in der sozialen Fürsorge z. B. für die Saisonarbeiter sehr gut erspürbar sind. Dr. Landmann trat insbesondere dafür ein, daß den Gemeinden, die früher in der Einkommensteuer einen beweglichen Faktor gehabt hätten, jetzt, nachdem diese Steuer starr gestaltet worden sei, wieder ein beweglicher Faktor gegeben werde. Als hierfür am besten geeignet bezeichnete er die Umsatzsteuer. Weiter trat er für die Erhöhung der Getränkesteuer und die bessere Ausbildung der Erbschaftsteuer ein. Weitere Fragen, die angeschnitten wurden, bezogen sich auf das Verhältnis der mittleren Städte zu den Landkreisen und auf die Gestaltung der Realsteuern innerhalb des Steuervereinsgesetzgesetzes. In Thüringen z. B. sei der Fehlbetrag des Haushaltes in Höhe von 2 Millionen RM hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Grund- und Gewerbesteuer begrenzt sei. Auch der Anschlußgedanke habe in Thüringen sein größtes Hindernis darin, daß einige Kreise befürchteten, bei einem Anschluß etwa an Preußen höhere Realsteuern zahlen zu müssen. Es sei daher unbedingt notwendig, im Steuervereinsgesetzgesetz den Städten den Spielraum nicht allzu weit zu setzen, ohne dabei allerdings in den Grenzen des Einkommensgesetz zu fallen.

Im freun...
sch gestern...
Aue zu eine...
mit dem zugl...
war. Herr...
füllten Vor...
des Anfahr...
Die De...
Viehsch; er...
Spartanische...
Hühner...
benes aber h...
des einzigen...
Derrn G m b...
sch willkommen...
den fröhlich...
schen „Bild...
Der Vor...
bankte für die...
weiteres Woh...
leit und zum...
Eingekommen...
schloß mit ein...
Der Ber...
sche) Gastwir...
Gastwirtsgew...
es aber einm...
hat, dann ist...
die bei weiter...
Der Redner...
ämter, den S...
eine bessere...
kulturelle Bebe...
Folgerung, de...
teresse des ga...
Betrieb nach...
Dann wu...
jedem Tisch...
Beim Ren...
Ausgabe...
Für Tr...
eine goldene...
Für diesen...
len fahrenden...
Flughäusern...
merkmals zu...
gestellter Leer...
ieder, der dur...
beschädigt, für...
Za...
Von der...
Dresden wird...
partei des De...
nehmen in ei...
Reichstagsab...
Stellung zu...
politisch des...
gaben des...
Zwecke als...
Habe die Erf...
Zerrüttung...
besten Einmah...
und habe Lan...
Realsteuern...
drückend sein...
der Länder...
steigender Zah...
fanden. Be...
Veränderung...
ausgleichs im...
des Reiches...
getragen und...
grundsätzlich...
müß; man au...
das Problem...
Itaas' in der...
sondern müßte...
einheit gesch...
gestellt wü...
Verbr...
Noch tren...
führt man über...
Straße und...
Laden zur Be...
weignachlich...
schen den War...
nächststehen...
Laden trägt...
Alle Wä...
ndige Klein...
Strümpfen...
alles zu haben...
hen, die im...
Jeder von...
Entzücken...
viele Freude...
Farben und...
nischen Pr...
und der Re...
sich Musik...
boten wü...
Rückstern...
neben den...
Anschluß...
eine Menage...
nie elektris...
sten Komfort...
kann — alles...
weide geben...
den tritt man...
wischen auf die